

UVB Kompakt 4/2021

5. November 2021

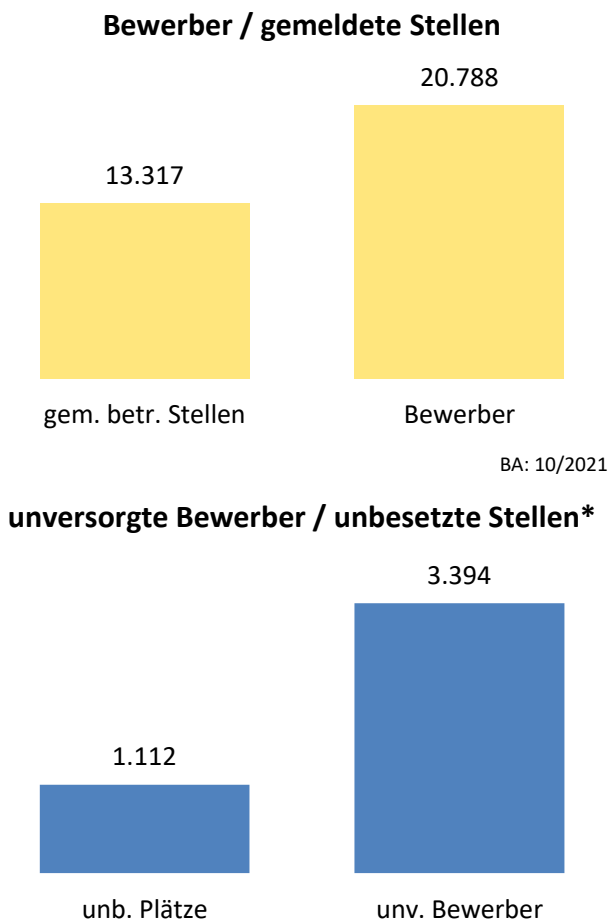
Ausbildung: Nicht den falschen Weg einschlagen

Die mögliche neue Berliner Regierungskoalition aus SPD, Grünen und Linken diskutiert über neue Eingriffe in die duale Berufsausbildung. Eine Ausbildungsplatzgarantie oder eine Ausbildungsumlage würden aber aus Sicht der Wirtschaft an der falschen Stelle ansetzen. Diese Instrumente könnten eher neue Probleme schaffen als vermeintlich bestehende zu lösen. Der Schlüssel liegt in einer besseren Schulbildung und einer intensiveren Berufsorientierung.

Was die Koalition plant: Im Sondierungspapier der designierten Berliner Regierungskoalition heißt es: „Wir wollen Jugendlichen Teilhabechancen und Zukunftsperspektiven auf dem Arbeitsmarkt ermöglichen. Deshalb wollen wir eine Ausbildungsplatzgarantie umsetzen.“ Die amtierende Arbeitssenatorin Elke Breitenbach (Linke) hat zusätzlich noch eine Ausbildungsumlage für Firmen ins Gespräch gebracht, die nicht ausbilden, aber Fachkräfte beschäftigen.

weist in der Hauptstadt 3.394 unversorgte Bewerberinnen und Bewerber für das Ausbildungsjahr 2021/21 aus. Zugleich sind 1.112 betriebliche Lehrstellen unbesetzt geblieben. Insgesamt haben die Betriebe 13.317 Ausbildungsplätze an die Regionaldirektion gemeldet, das war ein leichtes Minus von 1,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Vor allem die Branchen, die von der Pandemie besonders betroffen waren, haben ihr Engagement eingeschränkt.

Abb. 1: Ausbildungsmarkt in Berlin 20/21



*nur Stellen, die am 28. 10. weiter gemeldet sind BA: 10/2021

So sehen die Zahlen aus: Die Ausbildungsstatistik der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit (RD)

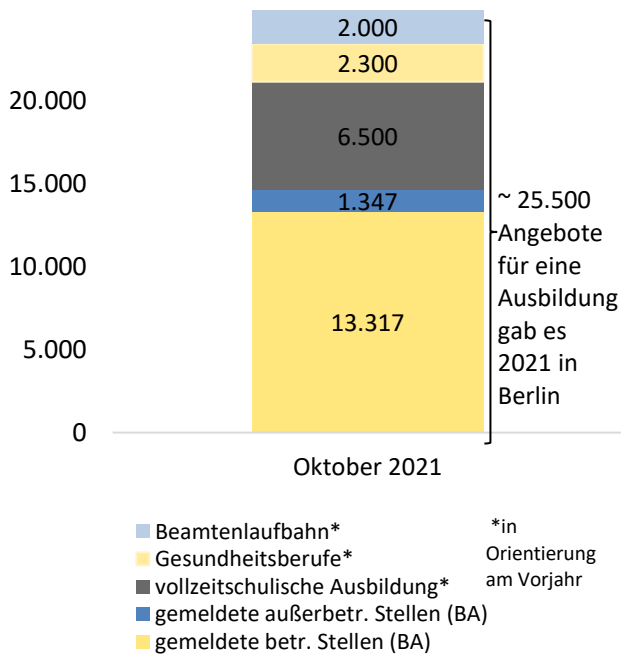
Wie belastbar sind die Daten? Aus Sicht der Betriebe zeigt die Ausbildungs-Statistik nicht das ganze Bild. Schätzungsweise nur knapp 70 Prozent der Berliner Firmen, die Nachwuchskräfte suchen, schalten überhaupt die Regionaldirektion ein. Die offenen Stellen der übrigen Firmen fließen gar nicht in die Statistik ein. Zudem sind nach Beginn des Ausbildungsjahres nur noch die Stellen als unbesetzt ausgewiesen, für die sich die Firmen eine weitere Vermittlung wünschen. Tatsächlich liegt die Zahl der Stellen, die bis zum Ausbildungsbeginn nicht besetzt werden konnte, also deutlich über der Marke von 1.112 Plätzen.

Nicht das ganze Bild: Die RD-Statistik bildet zudem nicht den gesamten Markt der Berufsausbildung ab. Nicht alle Ausbildungszweige werden erfasst. Das betrifft etwa junge Frauen und Männer, die eine Ausbildung in der Pflege oder im öffentlichen Dienst beginnen oder die sich für eine vollschulische Ausbildung entscheiden. Auch Ausbildungen bei Institutionen des Bundes, bei der Bundeswehr oder in Gesundheitsberufen wie Physiotherapeut oder Rettungssanitäterin tauchen in dieser Statistik nicht auf (siehe dazu auch [UVB Kompakt 3/2021](#)). Alles in allem kommen so etwa 25.500 Angebote zusammen.

Für einen besseren Überblick über freie Lehrstellen haben Wirtschaft und Politik die Webseite www.ausbildung.berlin aufgesetzt. Dort waren im Oktober noch rund 7.700 Stellen aus zahlreichen Branchen und Berufen als unbesetzt gemeldet. Das

sind deutlich mehr als von der RD ausgewiesen – selbst, wenn man in Betracht zieht, dass auch Stellen aus dem Berliner Umland berücksichtigt sind.

Abb. 2: Ausbildungswege in Berlin – nicht alle tauchen in der Statistik der Regionaldirektion auf



Zwischenfazit: Insgesamt ist Zahl der angebotenen und unbesetzten Ausbildungsplätze in Berlin weitaus größer als angenommen. Sie wird von der Statistik der Regionaldirektion aber nur eingeschränkt abgebildet. Fakt ist allerdings auch eine zu große Zahl unversorgter Bewerberinnen und Bewerber, die keinen Zugang zu einer Lehrstelle finden.

Ausweg Ausbildungsplatzgarantie? Eine Garantie würde darauf hinauslaufen, dass die Politik weitere außerbetriebliche Lehrstellen einrichtet – denn betriebliche Angebote in den Unternehmen kann sie nicht schaffen. Doch das wäre die falsche Lösung für ein so nicht vorhandenes Problem. Schließlich ist das Angebot auf dem Ausbildungsmarkt mehr als ausreichend. Nimmt man Brandenburg noch hinzu, haben junge Frauen und Männer aus der Hauptstadt eine breite Auswahl an Ausbildungsmöglichkeiten.

Mangel an Praxis: Außerbetriebliche und staatlich finanzierte Angebote bei Trägern und Oberstufenzentren sind in Berlin schon heute deutlich stärker ausgeprägt als in anderen Bundesländern. Dabei sind sie wegen ihrer Praxisferne nicht besonders effektiv: Nur gut 56 Prozent der Teilnehmer an einem solchen Bildungsweg arbeiteten sechs Monate nach ihrem Abschluss in einem sozialversicherungspflichtigen Job.

Wer dagegen eine betriebliche Ausbildung absolviert, wird in 77 Prozent aller Fälle von seinem Ausbildungsbetrieb übernommen. Das hat die Bundesagentur für Arbeit in einer Studie für Fälle aus dem Jahr 2019 ermittelt. Kurz: Drei von vier betrieblich Ausgebildeten finden im Anschluss einen Job, aber nur zwei von vier überbetrieblich Ausgebildeten.

Falsche Anreize: Eine Ausbildungsplatzgarantie würde falsche Signale senden. Jugendliche würden sich auf die beliebtesten Lehrberufe konzentrieren und im Zweifel eine außerbetriebliche Ausbildung wählen. Die Gefahr besteht, dass sie dann beim Start ins Berufsleben keinen Job finden, denn der tatsächliche Bedarf an Fachkräften würde in einem solchen System nicht berücksichtigt. Der aktuelle Ausbildungsmarkt indes sorgt dafür, dass junge Menschen ihr Augenmerk auch auf weniger bekannte und beliebte Berufe richten, in denen oft Fachkräfte fehlen.

Wer zahlt? Offenbar erwägen die Partner einer möglichen Regierungskoalition, darüber hinaus noch eine Ausbildungsumlage einzuführen. Die Idee gibt es schon lange: Zur Finanzierung einer Ausbildungsplatzgarantie werden die Firmen herangezogen, die wenig oder gar nicht ausbilden.

Damit würde allerdings eine Reihe neuer Probleme entstehen. So müsste die Berliner Verwaltung die aktuell rund 100.000 Betriebe der Hauptstadt regelmäßig auf ihr Ausbildungs-Engagement hin überprüfen. Dies würde viel zusätzliche Bürokratie für eine ohnehin oft überforderte Verwaltung bedeuten. Außerdem würde eine Umlage-Finanzierung für Betriebe, die vergeblich nach talentiertem Nachwuchs suchen, wie eine Strafgebühr wirken. Dass mit der Umlage neue, betriebliche Lehrstellen geschaffen werden, ist darüber hinaus sehr unwahrscheinlich.

Das Problem an der Wurzel packen. Die Herausforderung ist es, junge Menschen früher und besser auf das Berufsleben vorzubereiten. Gerade Schülerinnen und Schülern von Brennpunktschulen fehlen oft die entscheidenden Qualifikationen für eine Ausbildung. Die im Arbeitsleben nötigen Kompetenzen müssen ihnen besser vermittelt werden, ebenso positive Lernerlebnisse, Zuversicht und Ziele. Zudem muss die Berufsorientierung praxisnäher und verbindlicher werden. Anschlussorientierung statt Abschlussorientierung sollte für Lehrkräfte stärker das Leitbild sein.

Hier sind dicke Bretter zu bohren, Effekte werden sich erst nach einiger Zeit einstellen. Der schnellste Weg, mehr junge Menschen aus Berlin in eine Ausbildung zu bringen, ist eine engere Verzahnung mit Branden-

burg. Dort ist der Mangel an Nachwuchs noch größer als in der Hauptstadt. Rasch wirksam wäre es auch, das Übergangssystem zwischen Schule und Beruf zielorientierter zu gestalten. Hier ist die Jugendberufsagentur gefragt. Sie muss viel stärker als bislang die Defizite der unversorgten Bewerberinnen und Bewerber analysieren und darauf drängen, diese zu beheben. Zudem gilt es, die vollschulischen Angebote an den Oberstufenzentren effektiver zu machen.

Alexander Schirp, stv. Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg:



„Eingriffe in den Berliner Ausbildungsmarkt sind unnötig, schlimmstenfalls sogar kontraproduktiv. Junge Frauen und Männer finden in Berlin und auch in Brandenburg ein breites Angebot an interessanten und zukunftssicheren Ausbildungsplätzen. Eine Ausbildungsplatzgarantie oder eine Ausbildungsumlage wären die falsche Lösung für ein so nicht vorhandenes Problem. Noch mehr Bürokratie und höhere Kosten für die Firmen wären die Folge. Die Wirtschaft kann dies angesichts der Corona-Belastungen nicht gebrauchen.

Klar ist: Alle jungen Menschen verdienen die Chance auf eine gute Ausbildung. Die Firmen brauchen unbedingt talentierte und motivierte Nachwuchskräfte, in den nächsten Jahren mehr denn je. Der Schlüssel dazu ist aus Sicht der Wirtschaft eine bessere Qualität in den Berliner Schulen. Sie müssen die jungen Menschen besser für ein erfolgreiches Arbeitsleben vorbereiten. Praxisbezug und Berufsorientierung sollten viel eher und viel stärker als bislang eine Rolle spielen.“

Für Rückfragen stehen UVB-Ausbildungsexperte Thoralf Marks (Telefon 030/31005-209) und UVB-Sprecher Carsten Brönstrup (Telefon 030/31005-114) zur Verfügung.

Für Rückfragen stehen UVB-Ausbildungsexperte Thoralf Marks (Telefon 030/31005-209) und UVB-Sprecher Carsten Brönstrup (Telefon 030/31005-114) zur Verfügung.